



(v.l.n.r) Adolf Rütsche, Rainy Stillhart, Damaris Rutz und Markus Dorrer

Reduzierte Mitgliederversammlungen!

Wohl auch aus Vorsicht stiessen die Mitgliederversammlungen der Kreisparteien Wil und Toggenburg am 7. November auf wenig Interesse. Zu dieser Zeit wären noch ohne Probleme grössere Gruppen erlaubt gewesen.

Die Präsidentinnen Lisa Leisi, EDU-Toggenburg, und Rösli Fässler, EDU Wil

Gemäss Statuten der Kreisparteien Wil und Toggenburg findet jährlich eine Mitgliederversammlung statt. Weil insbesondere im Kreis Wil wenige Mitglieder sind, planten wir, die beiden MV's parallel im Hof zu Wil abzuhalten und danach zusammen einen Vortrag zum Thema Organspende zu hören. Leider musste der Referent dann sehr kurzfristig absagen. Dieser Vortrag mit David Gysel, Redaktor vom Idea, soll nun an der MV der EDU Kanton St. Gallen am 6. März nachgeholt werden.

Wil

Ein Mitglied aus Wil war erstmals dabei und so konnten im kleinen Kreis Fragen geklärt werden. Der Jahresbericht zeigte auf, dass die EDU Wil trotz der vielen Corona bedingten Einschränkungen lokal in Flawil und regional, beispielsweise mit Stel-

lungnahmen bei Vernehmlassungen, aktiv war. Die Vorstandsmitglieder Pierre Herter und Hans-Jörg Höpli sowie die Präsidentin Rösli Fässler wurden wiedergewählt. Nach 8 Jahren beendete David Gysel seine Tätigkeit in der GPK Niederbüren. Auch Hans-Jörg Höpli hörte auf mit seiner eher kurzen Amtszeit im Stadtparlament Wil.

Toggenburg

In der EDU Toggenburg konnte Liselotte Pfister nach 20 Jahren die Aufgabe als Aktuarin einer Nachfolgerin übergeben. Mit Damaris Rutz fand sich für die Nachfolge gleichzeitig ein motiviertes Neumitglied. Damaris Rutz, Markus Dorrer und die Präsidentin Lisa Leisi wurden für die nächsten vier Jahre als Vorstand gewählt. Lisa Leisi organisiert jeweils zusammen mit Hansueli Hofer, SVP und Urs Knecht, EVP, ein Politforum zu den Abstimmungen in der Chrischona Wattwil. Weiter ist das EDU-Toggenburg Gebet zu einer schönen Gewohnheit geworden. Aktuell setzt sich Lisa Leisi besonders für den Erhalt des Spitals Wattwil ein.

Mit einer Gebetszeit wurden die Versammlungen abgeschlossen und danach konnten bei einem feinen Mittagessen angeregte Gespräche geführt werden. •



20 Jahre treue Arbeit für die EDU Toggenburg

Liselotte Pfister, obwohl in Weesen wohnhaft, half der EDU Toggenburg seit deren Gründung im Vorstand als Aktuarin. Daneben ist sie auch noch Aktuarin in der EDU Kanton St. Gallen und in der EDU See-Gaster.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Toggenburg



Liebe Liselotte, du bist schon so lange mit der EDU verbunden. Wie kamst du zur EDU?

Als ich mit 17 Jahren zum Glauben kam, war eines meiner ersten Gebete: Gibt es eine Partei, die auf Grundlage der Bibel Politik macht? Tatsächlich wurde ein Jahr vorher die EDU gegründet und Markus Wäfler gab mir in unserem Jugendkreis den Standpunkt, den ich dann abonnierte.

Was schätzt du an dieser Partei?

Das gemeinsame Suchen nach Gottes Willen in politischen Fragen. Es ist sehr bereichernd all die Geschwister im Herrn kennen und schätzen zu lernen, obschon wir aus vielen verschiedenen christlichen Gemeinden zusammengewürfelt sind. Die EDU ist wie eine Familie, in der jeder seine Gaben einsetzen kann.

Hast du besondere Erinnerungen an die EDU Toggenburg?

Die denkwürdige kantonale Sitzung in Familie Höplis Wohnung, wo wir mit Hansjürg Bleiker beschlossen, die Kreispartei Toggenburg zu gründen.

Die Nominations-Versammlung am 14. Oktober 2000 im Restaurant Chäsern, Schönengrund, werde ich nie vergessen und die Erinnerungen an Hansjürg Bleiker (auch an die Sitzungen in seiner Stube), Fritz Boss, Ruth Alther, Ernst Metzler, Lisa Leisi, Roland Reichenbach, Kurt Ramser, Walter Bleiker, Alice und Max Buchegger, Christoph und Vreni Ebert, Paul Hofmann, Barbara Richle, Hans Gerzner, Martin Rutz.

Fallen dir Entwicklungen auf, die die Arbeit für die Kreispartei verändert haben?

Als wir die Kreispartei gründeten, waren wir voller Hoffnung, dass der Allmächtige viele Christen zu uns berufen wird. Wir sind traurig, dass diese Gebete nicht erhört wurden. An der letzten Mitgliederversammlung in Wil kam die mangelnde Verjüngung zur Sprache. Es liegt an uns, weiterhin die «Fühler» ausgestreckt zu halten.

Hast du einen speziellen Wunsch für die EDU Toggenburg?

Dass sie wachsen kann, junge Menschen dazukommen und die schöne Gemeinschaft noch lange weiterleben darf.

Es ist ein Geschenk, dass du uns im Kanton und der Kreispartei See-Gaster weiterhin erhalten bleibst! Für deine Treue und all dein Engagement danke ich dir ganz herzlich und wünsche dir Gottes Segen überall, wo du weiterhin aktiv bist!



Verzicht auf Fernunterricht auf Sekundarstufe II

Die im Frühjahr gemachten Erfahrungen zeigen deutliche Nachteile für die Wissensvermittlung. Deshalb ist die Antwort der Regierung im November 2020 zu begrüßen, eine Petition für Fernunterricht an den Kantons- und Berufsschulen nicht umzusetzen.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

In der von 9100 Personen unterzeichneten Online-Petition – von einem Kantonsschüler lanciert – wurde geltend gemacht, dass dank Fernunterricht die Gefahr einer Ansteckung mit dem Coronavirus gesenkt werden könne. Dies sei zudem für jene ein grosser Vorteil, welche sich in Quarantäne befänden.

Auch könnten die Schülerinnen und Schüler ihre Reife beweisen und zeigen, dass sie auch in dieser Phase risikofrei dem Unterricht folgen.

Wichtige Erkenntnisse

Die Regierung teilt in ihrer Antwort mit, dass sie auf einen Fernunterricht wie im vergangenen Frühling möglichst verzichten möchte. Wissenschaftliche Auswertungen und Befragungen hatten nämlich gezeigt, dass nur ein Drittel der Schüler die Lernziele erreichte und ein Drittel sogar massiv abfiel mit den Leistungen. Auch mussten in dieser Zeit in diversen Fächern die Stoffdichte reduziert und

auf Prüfungen verzichtet werden. Mit weiterem Fernunterricht würde die Studierfähigkeit der Kantonsschüler gefährdet. Auch Berufsschüler wären bei einer kantonalen Lösung benachteiligt und der Berufseinstieg würde wegen Wissenslücken erschwert. Da die Schutzkonzepte für den Präsenzunterricht auf der Sekundarstufe II sehr streng seien, würden diese bei Einhaltung ausreichenden Schutz bieten.

Kommentar

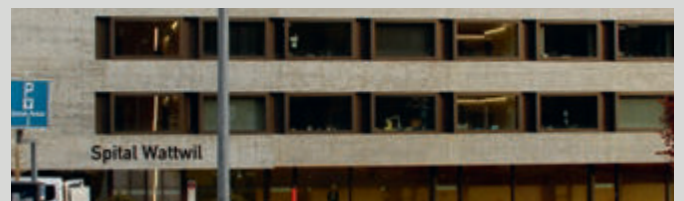
Die Schulschliessungen haben gezeigt, wie wichtig der Präsenzunterricht für das Lernen ist. Bei Befragungen kam auch heraus, dass Lehrer wie Schüler einander vermissten. Die sozialen Komponenten beim Lernen im Klassenverband sind wichtige Faktoren für die ganzheitliche Entwicklung der Schüler. Je jünger die Schüler sind, umso mehr dürften diese ins Gewicht fallen. •

Wird das Volk das Spital Wattwil noch retten?

Verschiedene Gruppierungen haben das Referendum ergriffen, damit der Kantonsratsbeschluss mindestens vier Spitäler zu schliessen, dem Volk vorgelegt werden muss. Am 18. Januar war der Einsendeschluss.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Leider wurde beim Spital Wattwil bereits seit Jahren das Angebot abgebaut und damit eine Negativspirale in Gang gesetzt. Zudem sieht die Gesundheitspolitik unterdessen vor, dass Spitäler wie Firmen rentieren müssen. Wenn es zu einer kantonalen Abstimmung kommt, ist das Problem, dass der grösste Teil der Bevölkerung des Kantons St. Gallen nicht betroffen von der Schliessung des Spitals in Wattwil ist und die Schliessung der anderen Spitäler weniger umstritten ist. Im Toggenburg gibt es jedoch viele abgelegene Wohnorte und kein anderes Spital wäre für die betroffenen Bewohner in-ner zumutbarer Frist erreichbar.



Die Referendumsstimmen sind auch ein Ausdruck des Protests, dass dem Volk verwehrt wurde, über den Erhalt des Spitals selbst zu bestimmen. Noch 2014 wurde mit hohem Stimmenanteil in einer Abstimmung beschlossen, das Spital zu renovieren und zu erweitern. Dieser Volksentscheid wurde mit dem Kantonsratsbeschluss einfach umgestossen und damit 60 Millionen für die Erneuerung in den Sand gesetzt. Es geht beim Referendum auch um den Erhalt unserer demokratischen Mitbestimmung. •



Der Regierungsrat verteidigt die Gender-Strategie

Der Regierungsrat Stefan Kölliker hat unterdessen auf das Schreiben des Vorstands der EDU Kanton St. Gallen zum Sexualpädagogikheft «sicher!gesund!» geantwortet. Leider ist die Antwort unbefriedigend.

Er schrieb dazu, dass das Themenheft kein Lehrmittel und deshalb auch nicht verbindlich sei. Es liefere Hintergrundwissen zu Sexualität und Entwicklung der menschlichen Sexualität und sei auf dem neusten Wissensstand. Der Auftrag, die Schüler und Schülerinnen mit den Themen zu konfrontieren, gründe auf dem Auftrag des Lehrplans 21. Die Inhalte des Lehrplans stellten sich in keiner Art und Weise gegen das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit oder eine Weltanschauung. Die Vermittlung der Inhalte liege in der Verantwortung der Lehrpersonen. Die Schule habe den Auftrag, heikle und umstrittene Themen aufzugreifen und darüber zu informieren. Gerade unsere Kritik und unser Engagement zeige, wie wichtig es sei, diese Themen aufzugreifen. Das werde im Volksschulunterricht in einem ausgewogenen Sinn getan.

Grundlage im Lehrplan 21

Zitat:

«Das Thema leistet einen Beitrag zur Umsetzung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter in Familie, Ausbildung und Arbeit. Es befasst sich mit Wahrnehmung und Umgang mit Geschlecht und Rollen in der Gesellschaft und thematisiert die Auseinandersetzung mit Gestaltungsmöglichkeiten und Lebenschancen aufgrund des Geschlechts. Die Schülerinnen und

Schüler setzen sich dabei mit Geschlechterrollen, Stereotypen, Vorurteilen und Klischees im Alltag und in der Arbeitswelt auseinander. Sie reflektieren die Bedeutung von Geschlecht und Rollen sowohl in Bezug auf Bildung und Beruf als auch hinsichtlich Beziehung, Sexualität und Familienarbeit. Sie erfassen kulturelle Eigenheiten und Unterschiede und denken über ihre eigenen Bilder und Vorstellungen nach. Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit Darstellungen von Männer- und Frauenrollen in den Medien und untersuchen die Verwendung der Sprache in Geschlechterfragen und in der Kommunikation. Sie setzen sich mit Faktoren und Situationen auseinander, die Diskriminierungen und Übergriffe begünstigen, und wissen, wie sie sich dagegen wehren können.»

Kommentar:

Leider sind diese Aussagen so gehalten, dass sie ganz im Einklang mit Gender verwendet werden können. Dabei wird nicht verstanden, dass damit eine Wertung von gewissen Verhaltensweisen und Lebensformen nicht mehr erwünscht, ja nicht mehr toleriert wird, je nach Umsetzung. Damit geraten Überzeugungen im Einklang mit Gottes Wort ins Abseits. Kinder mit christlichem Hintergrund brauchen eine gute Begleitung, damit sie standhaft bleiben können. •



Agenda

Voranzeige

Mitgliederversammlung EDU Kanton St. Gallen

Am Samstagmorgen, 6. März 2021 um 9.30 Uhr findet im **Restaurant Thurpark in Wattwil** die kantonale EDU Mitgliederversammlung statt, falls die Vorschriften wegen Corona unser Vorhaben nicht verunmöglichen. Es ist vorgesehen, dass David Gysel danach um 11 Uhr seinen Vortrag «Organspende – gut für's Leben?» halten wird. An den regionalen Mitgliederversammlungen der EDU Wil und EDU Toggenburg musste er kurzfristig absagen.

Mitgliederversammlung Kreispartei EDU See-Gaster

Sie findet am Freitag, 12. März ab 19.45 Uhr im Treffpunkt an der Etzelstrasse 5 in 8730 Uznach statt. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen!



Impressum

EDU Kanton St. Gallen

Lisa Leisi,
Michelastrasse 29, 9615 Dietfurt
071 983 39 49
sg@edu-schweiz.ch
www.edu-sg.ch

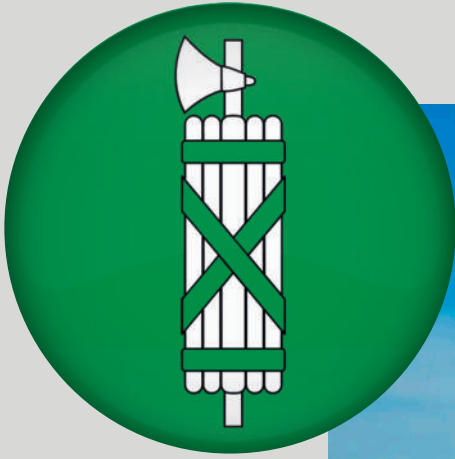
Bankverbindung:
Raiffeisenbank Grabs-Werdenberg
Konto: 2950592 / 81251
EDU Kanton St. Gallen
PC: 90-862-2

REDAKTION & GESTALTUNG

Lisa Leisi (Präsidentin EDU Kanton St. Gallen) und Rösli Fässler (Vorstandsmitglied). Layout: Harold Salzmänn

FOTOS

zvg



Ist eine Machtkonzentration beim Bundesrat die nötige Waffe im Kampf gegen die Pandemie?

Zwar nicht so weitreichend wie in anderen Ländern, aber ebenso mit Angstmacherei und wenig faktenbasiert ganzheitlicher Betrachtungsweise wurden einschneidende Massnahmen ergriffen.

Hans Moser, eh. Präsident EDU Schweiz, Vorstandsmitglied

Im vergangenen September verabschiedete das Parlament ein Gesetz aus 14 separaten Artikeln, welches eine breite Palette an Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie in der Schweiz vorsah. Mit dem Gesetz sollten gegen 20 Entscheide, die von der Regierung zwischen Mitte März und etwa Mitte Juni 2020 getroffen wurden, auf eine feste rechtliche Grundlage gestellt werden. Das Notrecht, das vorher angewendet wurde, darf nur ein halbes Jahr benutzt werden, ausser das vorliegende Gesetz bleibt bestehen.

Das schwindende Vertrauen in Bundesrat und Parlament und offensichtlich nachhaltige Argumente bewirkten, dass am 12. Januar die «Freunde der Verfassung» über 90'000 Unterschriften gegen das Covid-19-Gesetz der Bundeskanzlei abgeben konnten. Weshalb ist ein Nein zum Covid-19 Gesetz so wichtig?

Das Gesetz könnte als Präzedenzfall für die Zukunft wirken, der es dem Bundesrat ermöglicht, seine jüngst gezeigte autoritäre Herrschaft erneut durchzusetzen.

Die momentane Impfpolitik der Regierung, die schleichende Benachteiligung nicht geimpfter Bür-

gerinnen und Bürger, aber auch die Ignoranz in Gesundheitsfragen lassen sehr aufhorchen.

Am 13. Juni stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über das vorliegende Gesetz ab. Es wird sich zeigen, ob vom Volk die Schweizer Regierung legitimiert wird, das öffentliche Leben wegen der Pandemie weiterhin derart einzuschränken. Es wird sich zeigen ob Bürgerinnen und Bürger weiterhin einverstanden sind, dass aufgebaute Existenzen vom Bund derart gefährdet werden können.

Mit dem vorliegenden Covid-19-Gesetz wird eine enge Verflechtung von Konzernen und Staat sichtbar.

Enormes Misstrauen, besonders gegen KMU - Betriebe, aber auch Bürgerinnen und Bürger, Unternehmer und Gewerbetreibende liegt vor.

Dieser Trend der Entmachtung des Souveräns ist eine Gefahr und muss gestoppt werden. Die Bundesverfassung garantiert Freiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeit.

Mit einem klaren Nein gegen die unnötige Verlängerung des Notrechts, also gegen das Covid-19-Gesetz, hat das Stimmvolk viel in der Hand. Wir alle spüren: Da gibt es noch viel zu tun – in den Gemeinden, den Kantonen und in der ganzen Schweiz. •



Kantonale Abstimmungen am 13. Juni

Vorlage 6:

Ja zum Nachtragskredit zum Sonderkredit Förderungsprogramm Energie 2021–2025

Ruedi Müller, Präsident EDU See-Gaster, Vorstandsmitglied

Beim kantonalen Energiekonzept wird auf Anreize gesetzt. Die Energieeffizienz und die Produktion erneuerbarer Energien sollen gesteigert werden. Das Geld soll mehrheitlich in die lokale Wirtschaft fließen. Der Kanton leistet Beiträge zur Energieberatung, den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Einstellhallen, Betriebsoptimierungen in Mehrfamilienhäusern und Dienstleistungsbauten. Bis im Jahr 2030 sollen dafür 84,25 Mio Franken ausgegeben werden. Der Kantonsrat hat dafür mit dem Budget 2021 bereits 25 Mio Franken bewilligt. Bei dieser Vorlage sagen wir Ja zu zusätzlich 17,2 Mio Franken. Bei einem Nein fallen auch die Unterstützungsbeiträge von 24,4 Mio Franken des Bundes weg. Beim erläuternden Bericht zum Energiegesetz steht «der Handlungsbedarf für den Klimaschutz sei erwiesen». Ist dem wirklich so, ist unser Klima wegen dem CO₂ in Gefahr?

Beim kantonalen Energiekonzept wie beim eidgenössischen CO₂-Gesetz muss grundsätzlich darauf hingewiesen werden, dass der Grund für das forsche Vorgehen nicht gegeben ist. Der Klimawandel ist das Normale beim Klima. Die angebliche Gefahr einer höheren CO₂ Konzentration wird hochstilisiert zum Hauptgrund der kaum messbaren Temperaturerhöhung von 0.85 Grad seit 150 Jahren. Der Anstieg der Temperatur erfolgte schon vor dem Beginn der Industrialisierung. Wir kommen aus einer Kälteperiode und diese Wellenbewegungen führen zu den Temperaturänderungen. Der Anteil des CO₂ in der Atmosphäre ist mit etwa 0,04 Prozent sehr gering. Es ist ein sogenanntes Spurengas. Ausserdem ist CO₂ kein Giftstoff und nur ein minimaler Treiber bei der Erderwärmung. Im Gegenteil, je mehr CO₂ in der Luft enthalten ist, umso besser ist das Pflanzenwachstum. Für die Ernährung der Weltbevölkerung absolut von Vorteil. •

Vorlage 8:

Ja zur Gewährung von Beiträgen für die Notfallversorgung

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen



Die Weiterentwicklung der Strategie der Spitalverbunde machen die Erhöhung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen um 21 Mio Franken nötig. 10,3 Mio Franken entfallen auf die Aufrechterhaltung der regionalen Notfallversorgungen: bis 2 Mio Franken für die Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland, je bis 1 Mio Franken für das Spital

Linth sowie die Spitalregion Fürstenland Toggenburg; für die Notfallversorgung an den Standorten von Gesundheits- und Notfallzentren bis 6,25 Mio Franken also für Rorschach, Altstätten, Flawil und Wattwil. Wobei für Flawil unterdessen kein eigenständiges Notfallzentrum rund um die Uhr mehr vorgesehen ist. Gemeinwirtschaftliche Leistungen werden nicht über die Spitaltarife abgegolten. Sie müssen deshalb von der öffentlichen Hand übernommen werden. Dazu gehören Beiträge für Lehre und Forschung und unter anderem Beiträge für eine Notfallinfrastruktur rund um die Uhr. Die heutigen Beiträge decken die Kosten nicht. Der Kantonsrat hat den Beiträgen einstimmig zugestimmt. Bei einem Nein müssten die Spitalverbunde höhere Einsparungen erzielen oder bei den regionalen Notfallversorgungen Einschränkungen vornehmen. •



Vorlage 7:

Ja zur Erhöhung des Eigenkapitals der Spitalregion Fürstenland Toggenburg in Form einer Bareinlage und einer Umwandlung von Kontokorrent-Darlehen

Raphael Sovrano, Vorstandsmitglied



Bei einem Unternehmen ist eine Eigenkapitalquote von 30 % wünschenswert. Die Spitalverbunde sollen gemäss Eigentümerstrategie mindestens eine Eigenkapitalquote von > 25 % haben. Dies macht Sinn, denn die Spitäler müssen auch nicht unbedingt Profit abwerfen. Bei einer Eigenkapitalquote von 3 % wie Spitalregion Fürstenland Toggenburg, (SRFT) muss diese jedoch erhöht werden. In diesem Sinne empfehlen wir die Vorlage anzunehmen. Es muss auch zur Kenntnis genommen werden, dass viele Investitionen die jetzt getätigt werden müssen, die Folgen der Corona Massnahmen von letztem Frühling sind. •

Vorlage 9:

Stimmfreigabe zum Nachtrag zum Kantonsratsbeschluss über die Erneuerung und Erweiterung des Spitals Wattwil

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Die Stimmberechtigten hatten am 30. November 2014 der Erneuerung und Erweiterung des Spitals Wattwil für 85 Mio. Franken zugestimmt.

Gestützt auf die Beschlüsse zur Spitalstrategie soll nun das Spital Wattwil in ein Gesundheits-, Notfall- und Kompetenzzentrum für spezialisierte Pflege (GNP) umgewandelt werden. Für das Bauprojekt am Standort Wattwil wurden bereits Investitionen von rund 63 Mio. Franken getätigt. Bei einem Nein muss das Spital für weitere 22 Mio. Franken fertig ausgebaut werden. Und ja, dies erscheint unsinnig, da damit nicht der Weiterbetrieb des Spitals verbunden ist. Doch wurde dieses Vorgehen von dem Regierungs- und Kantonsrat so erzwungen, weil dem Volk keine andere Möglichkeit blieb, um sich für den Erhalt des Spitals Wattwil einzusetzen. Es wurde nämlich bewusst verhindert, dass das Referendum gegen die Spitalschliessung ergriffen werden konnte. Auch der Verkauf an die Solviva AG wurde so eingefädelt, dass das Referendum wegen der zu kleinen Summe - 10 Mio Franken - nicht ergriffen werden konnte. Damit fühlt man sich als Toggenburger veräppelt. Wo sind wir gelandet, wenn theoretisch das Volk der Souverän ist, dieser aber nur noch über gewisse Finanzen entscheiden kann, aber nicht mehr über Vorlagen, die von den Auswirkungen her viel einschneidender sind?

Es ist vorgesehen, den Gebäudekomplex (einschliesslich Grundstück) des Standorts Wattwil an den Betreiber des GNP zu veräussern. Ja, die Solviva AG scheint Erfahrung damit zu haben, zu Spotpreisen Spitäler zu erwerben und zu rentableren Pflegeeinrichtungen umzuwandeln. Der Kanton verscherbelt das Spital, zugleich sollen sich die Spitalregion und die Psychiatrie wieder einmieten und dem Privatinvestor

sichere Einnahmen beschieren. Auch soll auf Kosten des Spitals Wattwil das Spital Wil rentabler werden. Was, wenn auch dem Spital Wil nach ein paar Jahren die Schliessung droht?

Das Toggenburg ist weitläufig und speziell auf das Spital angewiesen. Das Spital gehört zum Service Public. Die Grundversorgung muss nicht in erster Linie rentieren, sondern der Bevölkerung dienen. Leider wurden in den vergangenen Jahren verschiedene falsche Weichen gestellt, welche es zusätzlich erschweren, kostendeckend abzurechnen. Scheinbar existiert das von der Solviva betriebene GNZ in Grenchen nur auf dem Papier und Anrufe gelangen an die Zentrale des Bürgerspitals Solothurn. In Flawil ist bereits geplant, Notfälle in der Nacht ans Spital Wil weiterzuleiten. Ist auf Versprechungen im Gesundheitsbereich noch Verlass?

Ein Nein müsste der Kantonsrat und Regierungsrat als Ja für den Erhalt des Spitals Wattwil akzeptieren und entsprechend die Strategie ändern. Ein weiterer Ausbau und trotzdem eine Schliessung des Spitals würde von der Bevölkerung überhaupt nicht verstanden. •





Enttäuschungen, Widerstände und Freude

Rösli Fässler lässt uns teilhaben an ihren persönlichen Erlebnissen, als sie Unterschriften sammelte für das Referendum gegen «Ehe für alle»:

Rösli Fässler, Präsidentin EDU Wil, Vorstandsmitglied

Die Massnahmen wegen Covid-19 erschwerten das Sammeln von Unterschriften. Aber ich telefonierte einigen Bekannten und konnte so bei einem Besuch oder durch Briefkasteneinwurf Bögen abgeben. Grundsätzlich ging ich davon aus, dass in meiner Umgebung sehr viele Menschen von der Einzigartigkeit der Ehe zwischen Mann und Frau überzeugt seien und unterschreiben würden. Die Ehe und Familie als Grundzelle der Gesellschaft, des Staates – das ist doch klar! Doch dann, von einigen Reaktionen irritiert, hatte ich zunehmend «innere Widerstände». Obwohl ich in den vergangenen Jahren mehrmals in Leserbriefen meine Meinung kundgetan hatte, fiel es mir in den Wochen des Sammelns zunehmend schwer, mich zu äussern. Angst kam auf, mich zu exponieren, missverstanden, ja gar belächelt zu werden. Was sage ich? Wo waren die Argumente geblieben? Ich verstand die Welt nicht mehr, weil teils treue Kirchgänger eine Unterschrift ablehnten. Klein und schwach fühlte ich mich. Der ganze Stolz auf meine Eltern, Grosseltern und weitere Verwandte, die oft mit vielen Entbehrungen für die Ehe und Familie gelebt hatten – er schmolz dahin.

Sehr ermutigend erlebte ich es allerdings in der Gemeinde, die ich seit Jahren besuche. Wie schon bei



anderen wichtigen Unterschriftensammlungen, fragte ich bei der Gemeindeleitung um Erlaubnis und durfte im Gottesdienst auf das Referendum hinweisen. Ich konnte die Bögen auflegen und bei Bedarf behilflich sein, damit alles korrekt ausgefüllt wurde. Die eine oder andere Person nahm gerne mehrere Bögen mit. Auch meine langjährigen aramäischen Bekannten sammelten und gaben mir die Bögen zurück.

Es hat mich jedoch erstaunt, wie massiv Widerstände aus mir selber kamen und dass es mir teilweise nicht gelungen ist, sie zu durchbrechen. Wie gut, dass ich alles Versagen beim Kreuz ablegen und aufstehen und weiter gehen durfte. Welche Gnade! Und gross ist die Freude, dass schlussendlich genügend Unterschriften in Bern abgegeben werden konnten. •

Inserate in Gratiszeitungen

Vielleicht sind einigen Lesern EDU-Inserate in Gratis Zeitungen aufgefallen: ein ganzseitiges Inserat in der achten und zwei Wochen später ein kleineres Inserat mit der Aufforderung, das Referendum gegen die «Ehe für alle» zu unterschreiben. Dabei ist es nicht so, dass wir plötzlich nicht mehr wissen, wohin mit dem Geld und Spendengelder auf diese Weise verschleudern! EDU-Mitglieder hatten diese Art, ein Statement abzugeben auf dem Herzen und bezahlten auch die Kosten. Leider werden wir nie erfahren, inwiefern das erste Inserat den Glauben an Jesus Christus gestärkt und beim zweiten Menschen zum Unterschreiben des Referendums «Ehe für alle» animiert hat.

Aufruf

Gibt es Personen, die Zeit haben, gut zu Fuss und gerne bereit sind, Flyer oder Abstimmungszeitungen vor Abstimmungen in Briefkästen ihrer oder anderer Ortschaften zu verteilen? Dann freuen wir uns auf eine Kontaktnahme: sg@edu-schweiz.ch oder Tel.Nr.: 071 983 39 49



Impressum

EDU Kanton St. Gallen
 Lisa Leisi,
 Michelastrasse 29, 9615 Dietfurt
 071 983 39 49
sg@edu-schweiz.ch
www.edu-sg.ch

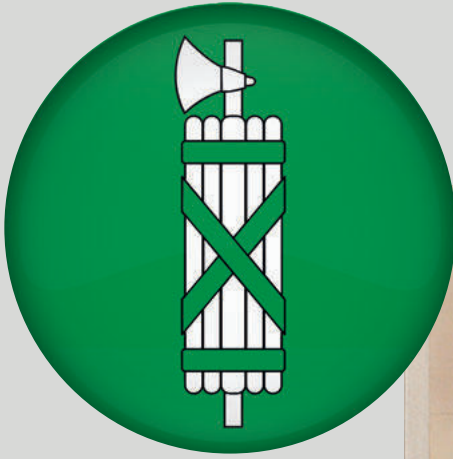
Bankverbindung:
 Raiffeisenbank Grabs-Werdenberg
 Konto: 2950592 / 81251
 EDU Kanton St. Gallen
 PC: 90-862-2

REDAKTION & GESTALTUNG

Lisa Leisi (Präsidentin EDU Kanton St. Gallen) und Rösli Fässler (Vorstandsmitglied). Layout: Harold Salzmann

FOTOS

S.1: shutterstock.com; zvg



David Gysel



Heinz Herzog

Mitgliederversammlung der EDU Kanton St. Gallen

Eine schöne Anzahl Mitglieder und Gäste nahm am Samstagmorgen, 15. Mai in Wattwil an der Mitgliederversammlung der EDU Kanton St. Gallen teil. Im Anschluss referierte David Gysel zum Thema «Organspende – gut fürs Leben?».

Lisa Leisi

Heinz Herzog wies uns in seinem Kurzwort zu 1. Petrus 3,8-12 auf das Spannungsfeld in der Politik hin, die Einheit zu suchen. Hingegen sei es für Christen wichtig, in Christus einig zu sein. Ebenso, das Gute zu suchen, Menschen mit anderer Meinung trotzdem zu lieben, die Zunge vor Bösem zu hüten und mit anderen im Frieden zu leben. Nach den üblichen Traktanden wurde beim Rückblick auf Corona Massnahmen, Abstimmungen und gesellschaftliche Herausforderungen wie die kommende Abstimmung «Ehe für alle» von den Mitgliedern rege das Wort ergriffen. Es wurde dabei deutlich, wie wichtig und was für eine Wohltat eine Versammlung vor Ort mit persönlichem Austausch nach der langen Verunmöglichung war. Besonders dankbar stimmte uns zudem, dass sich wenig später drei Gäste als Mitglieder aufnehmen liessen.

Hintergründe zur Organspende

David Gysel ging in seinem Vortrag auf die Geschichte der Transplantation ein und zeigte auf, dass seit dem Jahr 2013 in der Schweiz ein Aktionsplan «Mehr Organe für Transplantationen» läuft. Die im Jahr 2019 eingereichte Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» dient ebenfalls

diesem Ziel. Eine entscheidende Frage für ihn war, ob Organspenden Spenden am Ende des Lebens oder Spenden nach dem Tod sind, also ob die «Toten» wirklich tot sind. In der Transplantationsmedizin sei das oberste Ziel, die Organe möglichst gut durchblutet für die Entnahme zu erhalten. Entsprechend wurden die Kriterien dafür im Laufe der Jahre angepasst, wie der Referent darlegte. Auch stelle sich die Frage, ob das menschliche Leben durch das Gehirn bestimmt werde. In der Bibel würden an verschiedenen Stellen das Herz und die Nieren betont. Zu denken gebe, dass es während einer Organentnahme beim «Toten» zu Schwitzen sowie Bluthochdruck kommen könne – sonst ein mögliches Zeichen für Schmerzen - und es werde gesagt, dass es die Narkose und Fixierung wegen spinalen Reflexen brauche.

Der Vortrag gab wichtige Gedankenanstösse zur Klärung, ob man selber bereit wäre, Organe zu spenden oder zu empfangen und ob man politisch eine Widerspruchs- oder Erklärungslösung befürwortet. Auch wir Christen hängen am Leben und doch haben wir allen Grund, den Tod nicht zu fürchten durch die lebendige Hoffnung auf ein wunderbares ewiges Zuhause bei unserem Vater im Himmel. •



Was gilt es bei der Alterspolitik zu beachten?

Alle paar Jahre schaut der Kanton St. Gallen mit Vertretern aus den verschiedenen Bereichen, inwiefern die Rahmenbedingungen für Personen im Alter verbessert werden können.

Lisa Leisi

Rösli Fässler, Hans Moser und die Schreibende haben beschlossen, an der Vernehmlassung zu diesem wichtigen Thema teilzunehmen. Dabei darf festgehalten werden, dass wir grundsätzlich die vier prioritären Ziele begrüssen: Die soziale Teilhabe und gesellschaftliches Engagement (1.) sowie die Partizipation und Mitgestaltung (2.), die möglichst für alle realisierbar sein sollen, ebenso eine ökonomische Sicherheit (3.) und eine adäquate Gesundheitsversorgung inklusive der Förderung der Gesundheit (4.), die gewährleistet sein sollen. Betagte Menschen haben allerdings je nach körperlichem und psychischem Ergehen, sozialem Umfeld und Interessen ganz unterschiedliche Bedürfnisse und Möglichkeiten.

Unterschiedliche Gegebenheiten

Die Ziele erscheinen uns deshalb sehr idealistisch und die Umsetzung alles andere als einfach. So kann gesellschaftliches Engagement nicht erzwungen werden und ist nur für relativ gesunde und noch leistungsfähige Senioren möglich. Auch die soziale Teilhabe, Partizipation und Mitgestaltung der Gesellschaft werden schnell recht eingegrenzt bis unmöglich, wenn jemand nicht mehr mobil ist und fast nichts mehr hört und/oder sieht. Die ökonomische Sicherheit muss sich an einer Grundversorgung orientieren, hängt von der finanziellen Situation und Möglichkeiten des Kantons ab und hat auch etwas mit Eigenverantwortung in jüngeren Jahren zu tun. Unterschiede wird es immer geben. Auch kann man unter einer adäquaten Gesundheitsversorgung sowie der Förderung der Gesundheit Verschiedenes verstehen und nicht alles ist leider gleich machbar.

Missbrauchte Selbstbestimmung

Wenn dann die Rede von «Als Grundsatz gilt die gesellschaftliche Förderung der Autonomie und Selbstbestimmung» ist, so haben wir grosse Bedenken. Denn die Selbstbestimmung muss unbedingt ergänzt sein von Solidarität und Eigenverantwortung. Es gilt, das Gesamte im Auge zu behalten. Autonomie und Selbstbestimmung sind Schlagworte,



welche dem Umfeld dazu dienen können, sich aus der Mitverantwortung zu stehlen.

Praktikable Lösungen und bedürfnisorientierte Zuständigkeiten

Passende neuere Alterswohnungen und entsprechende Hilfsangebote sind generell wünschenswert, aber für viele Pensionäre ohne finanzielles Polster zunehmend kaum bezahlbar. Deshalb braucht es, wie in den Unterlagen beschrieben, verschiedene Möglichkeiten und Lösungen. Auch eine bezahlbare bedürfnisorientierte Gesundheitsversorgung zählt zu den grösseren Herausforderungen. Zentral erscheint uns dabei, dass sie auch auf dem Land garantiert wird und dass es zuständige Personen gibt, etwa Hausärzte, welche sich – zusammen mit anderen involvierten Leistungserbringern - die Zeit nehmen können für eine gründliche Gesamtsicht und Bedürfnisabklärung mit der betagten Person und Angehörigen, falls nötig.

Unmenschliche «Selbstbestimmung» rund um «Sterbehilfe»

Wenn es um die Selbstbestimmung im Zusammenhang mit Sterbehilfsorganisationen geht, sind wir dezidiert der Meinung, dass der Sterbewunsch und das Begehren, mit der Hilfe einer Sterbeorganisation aus dem Leben zu scheiden, eigentlich ein Hilferuf ist, die lebensmüde Person am Leben verzwei-



felt, sich wertlos, überflüssig und/oder zutiefst einsam fühlt und sich in einer tiefen Lebens- und Sinnkrise befindet. Menschen müssen oft auch lernen, Hilfe anzunehmen und sollen erkennen, dass sie deshalb nicht weniger wertvoll sind und ihre Menschenwürde nicht davon abhängt. Wenn man die vermeintliche Selbstbestimmung proklamiert zur Umsetzung des Selbstmords, sehen wir dies als ein unbarmherziges Sich selbst Überlassen und Aufgeben des hilfsbedürftigen Mitmenschen. Wir stehen in der Verantwortung, einander beizustehen in Nöten und im Leben allgemein.

Unterstützung im Glauben

Zunehmend zu wenig beachtet werden dürfte die Unterstützung des Glaubenslebens durch die Gemeinschaft mit Gläubigen. Diese kann eine wertvolle Hilfe sein, um mit sich, der Welt und Gott Frieden zu haben und mit dem letzten Lebensabschnitt zurecht zu kommen.

Grundsätzliches zum Gesundheitswesen

Wir haben den Eindruck, dass man schleichende tiefgreifende Umgestaltungen im Gesundheitswesen nicht wahrhaben will. Die Medizin wird zunehmend in einen Gesundheitsmarkt umgewandelt. Konzepte aus der Firmenpolitik finden Eingang in die medizinische Versorgung und wirken sich

insbesondere bei älteren Menschen mit zunehmend multiplen Gebrechen negativ aus, weil sich deren umfassende Behandlung und Betreuung zu wenig rechnet. Bestrebungen der Effizienzsteigerung und Rationalisierungen vertragen sich schlecht mit Zuwendung, Gespräch und damit persönlicher Betreuung. Wertschätzendes Verhalten und authentisches Helfenwollen stehen der Rentabilität im Wege. Die Medizin dient vermehrt der Ökonomie anstatt umgekehrt. Der Mensch steht dann nicht mehr im Zentrum, sondern der Profit. Es zählen Leistungen die belegt, gemessen und kontrolliert werden können. Die Leistungen werden zu Konsumgütern, der Patient wird zum Kunden. Es geht um Produkte und Absatzsteigerungen, die nicht mehr zentral mit Heilen und Helfen zu tun haben. Die Ärzte sind an Programme und Vorgaben gebunden. Patienten mit ernsthaften Erkrankungen benötigen jedoch Persönlichkeiten des Vertrauens mit Anteilnahme, bei denen sie sich menschlich aufgehoben fühlen. Es braucht persönliche Anteilnahme am Schicksal eines Menschen und nicht perfekten Service. Hilfe darf sich nicht an der Rendite orientieren. Benachteiligte und Verlierer dieses Systems dürften insbesondere ältere Menschen sein.

Soweit eine Zusammenfassung unserer vorgesehenen Stellungnahme zur Alterspolitik! •

Erfreuliche Entwicklungen zum Spital in Wattwil

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Unterdessen hat die Regierung eingewilligt, dass die Gemeinde Wattwil das Spital zurückkauft. Dies nachdem die Solviva AG das geplante Kompetenzzentrum für Gesundheit, Notfall und spezialisierte Pflege in der Liegenschaft des heutigen Spitals doch nicht realisieren will. Sie begründet ihren Rückzug mit dem Widerstand des Wattwiler Gemeinderats. Dass sich auch die Regierung aus der Verantwortung nehmen will, passt nicht zu einer jeweils verlautbarten ergebnisoffenen Haltung. Es war offensichtlich, dass der Regierungsrat ohne Einbezug der Gemeinde Wattwil eine Lösung diktieren wollte. An der Abstimmung am 13. Juni kam die Unterstützung der Toggenburger für den Erhalt des Spitals – mit Ausnahme der Gemeinde Kirchberg – deutlich zum Ausdruck. Der Gemeinderat von Wattwil hat das Vertrauen der Ortsparteien, dass mit der Berit



Spital Wattwil

Gruppe, einer regional bekannten und zuverlässigen Akteurin, eine Gesundheits- und Notfallversorgung zum Wohl der Toggenburger Bevölkerung realisiert wird. •



Mitgliederversammlung der EDU Kreispartei See-Gaster

Die Mitgliederversammlung wurde am Samstagabend, 26. Juni durchgeführt.

Liselotte Pfister und Rösli Fässler

Im Seminarcenter Treffpunkt in Uznach begrüsst der Präsident Ruedi Müller neun Mitglieder und vier Gäste.

Zum Kurzwort las Esther Mettler 4. Mose 14. Kaleb und Josua bewiesen Vertrauen auf Gottes Hilfe in einer schwierigen Situation. Worauf schauen wir heute? Hören wir auf Gott?

Nach den üblichen Traktanden kamen weitere Gäste und Pierre Herter sprach zum Thema

Überraschende Veränderungen in Israel

Bei seiner letzten Reise ins Land Israel vor einigen Jahren stellte der Referent fest, dass die messianische Erwartung im Land grösser und spürbar geworden sei. So feierten immer mehr Christen mit Juden zusammen das Laubhüttenfest. Das jüdische Erbe wird von säkularen Juden neu entdeckt. Weiter erwähnte Pierre Herter Prophetien vom deutschen Rabbi Ben Schmu'el, die dieser kurz vor seinem Tod im Jahr 1217 ausgesprochen habe betreffend Jerusalem, die sich Jahrhunderte später erfüllten. (Im Internet nachzulesen unter: Rabbi Jehuda Ben Samuel)

Es werden auch immer wieder archäologische Spuren jüdischer Vergangenheit gefunden, obschon

Araber sie zu vertuschen versuchen. Der Tunnel von Hiskia aus 2. Chronik 32,30 wurde ausgegraben. Zur mehrmals zerstörten Hurva-Synagoge (hebr. «Ruine») im jüdischen Viertel Jerusalems bemerkte der Referent, dass sie mehrmals wieder aufgebaut und letztmals im Jahre 2010 eingeweiht wurde, was anhand einer weiteren Prophetie als Auftakt zum Bau des dritten Tempels interpretiert wurde.

Gläubige beten um Regen und zeigen sich so abhängig vom allmächtigen Schöpfer. Die Forschung ist führend in der Abwasseraufbereitung für die Landwirtschaft.

Das neu gebaute Palästinenser-Museum in Ramallah sei weitgehend leer, weil sie keine Geschichte hätten. Hisb-Allah, Hamas, Jihad haben das Ziel, Israel zu zerstören.

Leider sei die israelische Bevölkerung in vielen Fragen zerstritten. Sie rufen nach Frieden, wo doch kein Friede sei, weil dieser nur in Jesus Christus möglich ist.

Im Singen von Psalm 121 komme das Gottvertrauen stark zum Ausdruck: Nicht schläft noch schlummert der Hüter Israels! •

Voranzeige

Am **11. September** nimmt die EDU Kreispartei Wil am **Markt in Flawil** teil und will der Bevölkerung die verhängnisvollen Auswirkungen bei einem Ja zur «Ehe für alle» aufzeigen.

Die **Mitgliederversammlung der EDU Kreispartei Wil** findet am **Samstag, 30. Oktober** um 11.30 Uhr im Hof zu Wil, Marktgasse 88, 9500 Wil statt. Vorher nehmen wir an der öffentlichen Führung durch dieses historisch spannende Gebäude Hof zu Wil teil: Treffpunkt vor dem Hof, Beginn der Führung um 10.00 Uhr. Es ist eine Anmeldung erforderlich.

EDU-Stand am Herbstmark in Wil: Dienstag, 16. November

Die **Mitgliederversammlung der EDU Toggenburg** findet am **Samstag, 20. November** um 9.30 Uhr statt. Der Ort und ein anschliessender Vortrag werden noch bekannt gegeben.

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU Kanton St. Gallen

Lisa Leisi,
Michelastrasse 29, 9615 Dietfurt
071 983 39 49
sg@edu-schweiz.ch
www.edu-sg.ch

Bankverbindung:
Raiffeisenbank Grabs-Werdenberg
Konto: 2950592 / 81251
EDU Kanton St. Gallen
PC: 90-862-2

REDAKTION & GESTALTUNG

Lisa Leisi (Präsidentin EDU Kanton St. Gallen) und Rösli Fässler (Vorstandsmitglied). Layout: Harold Salzmann

FOTOS

S. 1, 3: zvg, S. 2: pixabay.com



Gute Gespräche für eine wichtige Sache

Nach längerem Unterbruch konnte am 11. September am Herbstmarkt in Flawil die EDU wieder mit einem Stand aktiv sein. Das Thema war Familie und Nein zur Ehe für alle.

Rösli Fässler, Präsidentin EDU Kreispartei Wil

Die Vorbereitungszeit war relativ intensiv: Materialbeschaffung, Coronamassnahmen, die umzusetzen waren, und eine eher dürftige Anzahl angemeldeter Helfer; das wirkte eher dämpfend. Aber es beteten viele Bekannte für diese Sache.

Als dann am Vorabend alles verpackt bereit lag, die Wetteraussichten eher gut ausfielen, die zweifelnden Gedanken verstummt waren und eine innere Ruhe aufkam, konnte am frühen Morgen, nach einem kurzen Regenschauer, das Einrichten des Standes angegangen werden. Zwei Abstimmungsplakate seitlich, das EDU-Logo vorne am Tischtuch und viel Material (Flyer und Traktate, Standpunkte und EDU-Grundsatzmaterial) kennzeichnete unseren Zweck. Die Abschränkung 1.5 m vor dem Stand war auch aufgestellt. Interessanterweise kamen insbesondere am Vormittag manche Personen aktiv auf Lisa Leisi und mich zu und bedankten sich für unsere Präsenz, oft mit dem Hinweis: ich habe auch

nein gestimmt. Natürlich war die Schutzmaske eher hinderlich bei den Gesprächen, trotzdem gab es teils angeregte Diskussionen und manch längeres Gespräch zum Thema Ehe und Kindeswohl. Ich konnte viele Bekannte grüssen, da ich seit vielen Jahren wieder in Flawil lebe und arbeite. Zur Mittagspause kam Hans-Jörg Höpli um weiterhin Präsenz zu zeigen und nacheinander Lisa und mir eine Pause zu ermöglichen. Am frühen Nachmittag kam unerwartet ein junger Mann zum Stand, stellte sich als David Höhener vor und half uns sehr, indem er auf die Menschen zuzuging, sie auf die bevorstehende Abstimmung hinwies und ihnen einen Flyer anbot. Sein entschlossenes, freundliches Auftreten gab uns neuen Schwung und Mut, ebenfalls wieder aktiver Leute anzusprechen.

Ein Dank gilt den Beterinnen und Betern! Für das zunehmend schöne, warme und meist windstille Wetter sorgte der Schöpfer. •



Ein Rückblick auf Einsätze zu «Ehe für alle»

Die Teilnahme an Mitgliederversammlungen von Parteien und Podien an Schulen mit- samt den anonymen Abstimmungen gab mir wichtige Einblicke, beinhaltete ein Wechselbad der Gefühle und machte mir neu klar, weshalb ich mich einsetze.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Meinen ersten Einsatz hatte ich am 19. August an der Mitgliederversammlung der FDP Kanton St. Gallen in Bad Ragaz. Die Meinungen waren wohl unter den Mitgliedern von Anfang an gemacht, bei der Moderatorin drückte die eigene Überzeugung durch und der Heimvorteil von FDP-Mitglied Michael Lindenmann machte die Sache für mich nicht leichter. Trotzdem gab es noch 12 allesamt männliche Stimmen gegen die «Ehe für alle» bei einem Vielfachen für ein Ja.

Pro und kontra als Alibiübung?

Am 25. August dann begleitete mich ein liebes Parteimitglied als stille Unterstützerin zu der Mitgliederversammlung der Grünen in der Stadt St. Gallen. Manolito Steffen, Community Manager Pink Cross, beteuerte unter anderem, dass die Leihmutterschaft von ihrer Organisation nicht angestrebt und nicht kommen werde. Wie sich gleich nach der Abstimmung zeigte, gibt es mit «Operation Libero» bereits eine Organisation, die sich dafür einsetzt. Daneben fordern die Jungfreisinnigen Schweiz in ihrem Parteiprogramm die Leihmutterschaft sowie anstelle der Zivilstände Verantwortungsgemeinschaften. Während der Diskussion beklagte sich eine Frau, dass die Grünen Ausführungen von mir aus einer so extremen Partei über sich ergehen lassen mussten. Bei der Abstimmung gab es doch noch eine mutige Stimme gegen die Ehe für alle und eine Enthaltung. Erst nach der Versammlung kamen ein paar Personen, darunter Nationalrätin Franziska Ryser, zu mir und distanzierten sich von dem Votum.

Erstaunlich ausgeglichenes Resultat

Am 8. September am BZGS (Berufs- und Weiterbildungszentrum für Gesundheits- und Sozialberufe St. Gallen) stellte ich mich zusammen mit Franziska Steiner-Kaufmann, Kantonsrätin CVP, den Fragen von Sven Egloff von Discuss it, einem Verein, der das politische Interesse mit solchen Anlässen an den weiterführenden Schulen fördern möchte. Bei der anonymen Abstimmung am Schluss gab es 19 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen, was mich positiv überraschte und für die anstehenden Podien ermutigte.



Spielt die Berufsrichtung eine Rolle?

Am nächsten Tag, dem 9. September, reiste ich nach Rheineck an die BZGS St. Gallen zu angehenden Fachangestellten Betreuung (Kindertagesstätten). Cedric Gmür, Präsident Junge Mitte Kanton SG, war nun mein Kontrahent. Bei der Diskussion bekam eigentlich nur ich Fragen und kritische Statements. So merkte ich bald, dass hier die «Ehe für alle» unangefochten war, was sich bei der einstimmigen Abstimmung dafür dann auch klar zeigte.

Chaotisches Streitgespräch bei den Schaffhauser Nachrichten

SVP Nationalrat Thomas Hurter, Pilot, setzte sich im Gespräch am Freitag, 10. September, vehement für die «Ehe für alle» ein. Er unterbrach mich dauernd und es war nicht einfach, ein Argument zu Ende zu führen. Die Journalistin Andrea Tedeschi fand es jedoch sehr lebendig und war erfreut, wie wir einander herausforderten. Da ich schon schlechte Erfahrungen gemacht hatte mit der Berichterstattung, war ich angenehm überrascht, dass ich das fertige Interview noch durchsehen und Korrekturen anbringen konnte, wenn ich mich falsch wiedergegeben sah.

Je mehr Bildung umso mehr «Verbildung»?

Noch herausfordernder war es an der Kantonsschule in Wattwil am 13. September. Meine Argumente perlten nur so ab. Die Schüler waren sogar mit Transparenten, Armbändern und Gesichtsbemalung in den Regenbogenfarben erschienen. Sarah Bünter, Präsidentin Junge Mitte Schweiz, hatte es dafür umso leichter mit ihren Pro-Argumenten. Schliesslich votierten 102 für und zwei gegen die «Ehe für alle».

Überraschende Mehrheit

Den Abschluss bildete für mich am 21. September ein Online-Podium vor Schülern der GBS St. Gallen im Schulhaus Riethüsli zusammen mit dem Mitglied der Parteileitung



Jungfreisinnige Kanton St. Gallen, Thomas Percy. Nach der letzten Veranstaltung erwartete ich nicht mehr viel Zustimmung für meine Positionen. Trotzdem gab ich nochmals alles. Umso überraschter war ich von der Abstimmung, welche mit 33 Ja-Stimmen und 59 Nein-Stimmen nicht nur mich erstaunte. Thomas Percy wollte sich deshalb sogleich zur Verfügung stellen, um die jungen Leute für die richtigen Einstellungen zu sensibilisieren...

Der Einsatz für das Gute macht Sinn.

Leider wurde die «Ehe für alle» und damit auch die «Samenspende» von den allermeisten Kantonen deutlich angenommen. Im Kreis Toggenburg gaben allerdings nur 9 Stimmen den Ausschlag für ein Ja, was für mich als Toggenburgerin eine kleine Genugtuung ist. Ich wurde von einer Freundin gefragt, wie ich dieses niederschmetternde Resultat verarbeite, nachdem ich mich so für ein Nein eingesetzt habe. Ich schrieb ihr: «Ja, es ist bitter und doch musste ich damit rechnen! Eigentlich habe ich keine Mühe mit der Verarbeitung! Es ist und bleibt eine Ehre, sich für Gottes gute Schöpfungsordnung einzusetzen! Das zählt, dass wir ihm treu bleiben und uns für das Gute investieren.»

Der Herr weiss, was wir brauchen

Auch staunte ich über Gottes Vorbereitung vor meinem Einsatz an der Kantonsschule. Am Morgen hatte ich noch die Verse 1, 13 und 14 des Psalms 27 gelesen: 1 Der Herr ist mein Licht und mein Heil, vor wem sollte ich mich fürchten? Der Herr ist meines Lebens Kraft, vor wem sollte mir grauen? 13 Ach, wenn ich nicht gewiss wäre, dass ich die Güte des Herrn sehen werde im Land der Lebendigen – 14 Harre auf den Herrn. Sei stark, und dein Herz fasse Mut, und harre auf den Herrn!

Ermutigende Zusammenarbeit

Viele Mitstreiter des Aktionskomitees für ein «Nein zur Ehe für alle» leisteten einen immensen Einsatz in der Öffentlichkeit. Insbesondere die SVP Nationalrätin Verena Herzog, der EVP Nationalrat Marc Jost, Regula Lehmann von Zukunft CH, der EDU Schweiz Präsident Danny Frischknecht sowie sein Sohn Timy Frischknecht, Präsident der JEDU und weitere mehr waren grossartig. Nicht zu vergessen Anian Liebrand, der Mitarbeiter der EDU Schweiz, welcher den Abstimmungskampf auch koordinierte. Der Herr möge sie dafür reich segnen! •

Drei Fragen an David Höhener

Vor kurzem sind Sie Mitglied bei der EDU geworden. Was hat Sie dazu bewegt?

Eine der grössten Faszinationen in der Geschichte unseres Landes ist der Christliche Glaube. Darum ist der Glaube an den Dreieinigen Gott auch in politischen Entscheidungen zentral für mich. Politische Themen waren für mich schon immer interessant. Zuhause haben wir uns auch oft darüber unterhalten. Als mündiger Schweizer Bürger wollte ich mit dem Wahl- und Stimmrecht verantwortungsbewusst umgehen. Die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen gehört für mich dazu. Für politische Stellungnahmen und Entscheidungen habe ich mich schon immer unter anderem bei der EDU orientiert. Ich bin dankbar, dass sich die EDU klar christlich präsentiert. Darum bin ich gerne auf Anfrage von Lisa Leisi der EDU als Mitglied beigetreten.

Schon bald sind Sie zudem aktiv bei der neu gegründeten Jungen EDU geworden. Wie kam es dazu?

Bei einer Flyer-Verteilaktion habe ich Timy Frischknecht kennengelernt. Praktisches Engagement macht mir Spass. Ich schätze den persönlichen Kontakt mit Menschen sehr – z.B. bei einer Flyer Aktion - auch wenn die Angesprochenen eine andere politische Einstellung haben. Ich bin überzeugt, dass die Junge EDU einen guten Präsidenten hat und bin gespannt was die Zukunft mit der Aktionsgruppe bringt.

Welche Anliegen sind Ihnen besonders wichtig für Ihr Engagement in der Politik?

Ich finde es traurig, dass wir uns als Schweizer Volk von christlichen Werten so oft verabschiedet haben, dass unsere Gesellschaft nicht die guten Gesetze halten möchte oder sie nicht mehr kennt. Darum ist es für mich ein Gebet, dass in unserem Volk Männer und Frauen sind, die ein gottesfürchtiges Leben führen. •

Angaben zu David Höhener:

Alter: 31 Jahre
 Familie: Verheiratet mit Maria Höhener
 Vater von einem 7 Monate alten Sohn
 Wohnort: Gossau SG
 Beruf: Mesmer, evangelische Kirche
 Hobbies: Ich pflege gerne Freundschaften und gehe gerne in die Berge.





Standaktion der EDU Kreispartei See-Gaster

Bei den Standaktionen am Samstag beim Rapperswiler Engelplatz und vor dem Stadttor in Jona wurden den Stimmbürgern Informationen zur kommenden Abstimmung zur «Ehe für alle» weitergegeben.

Rudolf Müller, Präsident der EDU Kreispartei See-Gaster



Neben vielen guten Gesprächen wurden wir allerdings auch mit den Worten «Ihr seid «Rassisten» beschimpft. Noch vor wenigen Jahren hiess es aus denselben Kreisen, die heute die «Ehe für alle» wollen, die Ehe sei ein Auslaufmodell. Der Bevölkerung wurde mit der Aussage, «es gehe ja nur um Liebe» Sand in die Augen gestreut. Leider wurde dieses Gesetz angenommen. Die Forderung nach der Leihmutterschaft und später womöglich die Freigabe der Pädophilie werden folgen. Von noch weiteren Schritten graut es mir zu schreiben. •

Voranzeigen

Die Mitgliederversammlung der EDU Kreispartei Wil findet am Samstag, 30. Oktober um 11.30 Uhr im Hof zu Wil, Marktgasse 88, 9500 Wil statt. Vorher nehmen wir an der öffentlichen Führung (Zertifikatspflicht) durch dieses historisch spannende Gebäude Hof zu Wil teil: Treffpunkt vor dem Hof, Beginn der Führung um 10.00 Uhr. Es ist eine Anmeldung erforderlich:
roesli.faessler@edu-schweiz.ch / 071 393 20 77

Marktstand der EDU Kreispartei Wil in Wil am 16. November am Othmars Markt, 8 – 19 Uhr: Mit unserer Präsenz möchten wir in Kontakt mit der Bevölkerung kommen, politisch Interessierte ansprechen, die EDU bekannter machen beim Sehen und Gesehen werden und im besten Fall Neumitglieder finden. Eine besondere Freude wird es für das EDU-Marktteam sein, wenn wir Standpunktleser kennenlernen und von Freunden besucht werden.

Die Mitgliederversammlung der EDU Toggenburg findet am Samstag, 20. November um 9.30 Uhr im Restaurant Rössli an der Landstrasse 20 in 9615 Dietfurt statt. Um 11 Uhr berichtet Christina Rüdiger, wer die Freunde der Verfassung sind und was ihr Hauptanliegen ist. Anmeldung:
lisa.leisi@edu-schweiz.ch / 071 983 39 49



Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU Kanton St. Gallen

Lisa Leisi,
 Michelastrasse 29, 9615 Dietfurt
 071 983 39 49
sg@edu-schweiz.ch
www.edu-sg.ch

Bankverbindung:
 Raiffeisenbank Grabs-Werdenberg
 Konto: 2950592 / 81251
 EDU Kanton St. Gallen
 PC: 90-862-2

REDAKTION & GESTALTUNG

Lisa Leisi (Präsidentin EDU Kanton St. Gallen) und Rösli Fässler (Vorstandsmitglied). Layout: Harold Salzmann

FOTOS

zvg